

ANTRÄGE

1) Pkw-Zufahrt von körperbehinderten Menschen in Fußgängerzonen außerhalb der Ladetätigkeit

GR. Hohensinner stellt folgenden Antrag:

GR. Hohensinner: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! In Graz werden seit geraumer Zeit die Einfahrten zu Fußgängerzonen mit so genannten „Fotokastln“ überwacht. Jedes Fahrzeug, das außerhalb der Ladetätigkeiten einfährt, wird vom Magistrat geblitzt und angezeigt. Durch diese Maßnahme werden nun Gott sei Dank unsere Fußgängerzonen vom Autoverkehr frei gehalten.

Angezeigt werden aber auch körperbehinderte Menschen, die in ihrer Mobilität auf ihr Auto angewiesen sind. §-29-b-Ausweisbesitzer dürfen nämlich nur während der Zeit, in der eine Ladetätigkeit vorgenommen werden darf, in die Fußgängerzone zufahren beziehungsweise in der Fußgängerzone parken. Gerade in Graz sind viele für behinderte Menschen relevanten Ärzte in Fußgängerzonen angesiedelt. Die zuvor aufgezeigte Gesetzeslage behindert körperbehinderte Menschen, nimmt ihnen die freie Arztwahl und diskriminiert sie.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die Stadt Graz soll mit folgendem Anliegen an den Bundesgesetzgeber herantreten:

Der § 29b Absatz 3d soll wie folgt erweitert werden:

(3) Ferner dürfen Inhaber eines §-29-b-Ausweises ihre Fahrzeug in einer Fußgängerzone während der Zeit, in der eine Ladetätigkeit vorgenommen werden darf und, jetzt kommt es, während eines bestätigten Arztbesuches parken (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Planung für Straßenbahnlinie „Uni-2er“

GR. **Slamanig** stellt folgenden Antrag:

GR. **Slamanig**: Geschätzte Damen und Herren! Die Grazer Karl Franzens Universität bringt mit mehr als zwanzigtausend Studierenden und dem Universitätspersonal jede Menge Verkehrsprobleme mit sich. Der Bezirksrat von Geidorf hat daher in der Vergangenheit in diesem Zusammenhang die Errichtung einer neuen Straßenbahnlinie - den so genannten Uni 2-er - gefordert.

Um diesem Projekt überhaupt eine Realisierungschance zu ermöglichen, ist es notwendig, sofort mit der Planung dafür zu beginnen, so der Bezirksrat von Geidorf. Die erforderlichen Trassen für eine Straßenbahn sollen zeitgerecht gesichert werden, um diese Straßenbahn überhaupt errichten zu können.

Namens der KPÖ-Fraktion stelle ich deshalb folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat beauftragt die zuständigen Ämter, mit den Planungsarbeiten für die Straßenbahnlinie „Uni 2-er“ zu beginnen (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Riesplatz – Medizin Universität Graz

GRin. **Binder** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag betrifft also den Riesplatz, die Medizin-Universität Graz. Die Gestaltung des Riesplatzes, der Stiftingtalstraße, der Billrothgasse und der Riesstraße in Zusammenhang mit der Neuerrichtung des Campusgebäudes der Medizinischen Universität Graz, geht nach erfolgreicher Abwicklung des städtebaulichen Wettbewerbs nun in die konkrete Planungsphase. Die Verunsicherung beziehungsweise Neugierde über das was kommen wird, ist im Bezirk groß und nicht alle BewohnerInnen von Ries haben die Gelegenheit, sich über die Ergebnisse des Wettbewerbs zu informieren.

Bevor nun die Bebauungsplanung konkrete Formen annimmt, sollte der Bevölkerung von Ries die Gelegenheit zur Information, aber auch zur Einbringung von Ideen gegeben werden. Dadurch kann das Projekt von vorne herein auf eine breite, einvernehmliche und transparente Basis gestellt werden.

Aus den genannten Gründen stelle ich daher namens der Grünen – ALG den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrat werden ersucht, vor Eingang in die konkreten Planungsschritte des im Motivenbericht genannten Projektes der Bevölkerung von Ries ein Forum zu gestalten, in dem sie sich über das Vorhaben umfassend informieren und ihre Ideen dazu einbringen können.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Frau Gemeinderätin, ich bin da ganz bei Ihnen. Ich habe auch bitterböse Briefe der Bezirksverantwortlichen bekommen, die gesagt haben, wir wissen eigentlich von gar nichts und wir werden dafür Sorge tragen, dass der Bezirksrat hier informiert wird, was dort wirklich über die Bühne geht von Seiten der Universität und dass man das gemeinsam abstimmt.